

Wahlprüfsteine Sozialverband VdK (alle Fragen)

Der Sozialverband VdK Deutschland e. V. ist als Dachverband von 13 Landesverbänden mit mehr als 2,3 Millionen Mitgliedern der größte Sozialverband in Deutschland. Seine sozialpolitische Interessenvertretung, die Sozialrechtsberatung in den Landesverbänden und das Ehrenamt machen den 1950 gegründeten Bundesverband zu dem, was er heute ist: eine streitbare Stimme, die Deutschland sozialer und gerechter macht. Der VdK macht sich stark für Menschen mit kleinen Einkommen, Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, Alleinerziehende und Rentenbezieher. Der Verband ist seinen Mitgliedern verpflichtet und konfessionell neutral. Er betreibt keine Parteipolitik, sondern setzt sich für diejenigen ein, die sonst kaum wahrgenommen werden. Als anerkannt gemeinnütziger Verband finanziert sich der VdK durch Mitgliedsbeiträge – so bleibt er finanziell unabhängig von den Interessen Dritter. Für seine Mitglieder begleitet der VdK die Bundestagswahl 2025. Dazu zählt die Abgleichung zentraler Forderungen des VdK mit den Angeboten der demokratischen Parteien.

Rente

1. Unterstützen Sie die Aussage, dass das Rentenniveau schnell stabilisiert und mittelfristig auf 53 Prozent angehoben werden muss, um auch für die zukünftige Generation Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu sichern (das würde einer 10prozentigen Rentenerhöhung entsprechen)?
2. Hält Ihre Partei an der Regelaltersgrenze von 67 Jahren fest?
3. Welche Vorschläge haben Sie, damit es zukünftig mehr Menschen schaffen, gesund und motiviert bis zur Regelaltersgrenze erwerbstätig zu sein?
4. Altersarmut hat viele Ursachen, wesentlich sind aber lange Phasen der Arbeitslosigkeit, Lücken in der Erwerbsbiographie aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aufgrund von chronischen Krankheitsphasen oder der Pflege von Angehörigen. Bei Frauen kommen Scheidung und frühzeitige Verwitwung dazu. Diese Lücken können rentenrechtlich geschlossen oder abgemildert werden. Wie sieht dafür Ihr Maßnahmen-Paket aus?
5. Was sind die Vorschläge Ihrer Partei zur gezielten Bekämpfung von niedrigen Renten und von Altersarmut?
6. Unterstützen Sie in diesem Zusammenhang die Forderung nach höheren Rentenbeiträgen für Kindererziehende (3 statt 2,5 Entgeltpunkte für Kinder, die vor 1992 geboren wurden) und für pflegende Angehörige, die aufgrund ihrer Verpflichtungen ihre Erwerbsarbeit reduzieren müssen?
7. Will Ihre Partei am Grundrentenzuschlag für Menschen, die jahrzehntelang im Niedriglohnsektor gearbeitet haben, festhalten und wie wollen Sie verhindern, dass die Hälfte derer mit sehr geringen Renten nach der sehr bürokratischen Anrechnung des Partnereinkommens den Anspruch auf eine Grundrente verlieren?
8. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Zeiten des Bürgergeldbezugs wieder rentenrechtlich zu bewerten (wurde 2011 abgeschafft)?
9. Wie stehen Sie zu der Forderung, die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten abzuschaffen?
10. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass für chronisch Kranke einerseits der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert wird, sie aber auch unterstützt werden, wenn sie wieder ins Arbeitsleben zurückkehren wollen?

11. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine gute gesetzliche Rente langfristig ausreichend finanziert wird und nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden?
12. Unterstützen Sie gesetzgeberische Schritte, damit zukünftig auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige und Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Rente einzahlen (Erwerbstätigenversicherung)?

Pflege

13. Plant Ihre Partei den Abbau der Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung?
14. Wie will Ihre Partei Versorgungsangebote wie die Quartierspflege oder Pflege-WGs fördern?
15. Unterstützt Ihre Partei eine Versorgung die sich an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und nicht am Ort der Leistungserbringung orientiert?
16. Unterstützt Ihre Partei eine Pflegebedarfsermittlung (wie bspw. in Bayern) und eine darauf aufbauende verbindliche Strukturplanung?
17. Wie will Ihre Partei die kommunale Verantwortung in der Pflege stärken?
18. Wie will Ihre Partei eine gute Pflege trotz des Anstiegs der Pflegebedürftigen, den zukünftig fehlenden Pflegepersonen in der beruflichen Pflege und in der Angehörigenpflege gewährleisten?
19. Wie will Ihre Partei in diesem Zusammenhang pflegende Angehörige stärker entlasten?
20. Wie will Ihre Partei den Leistungszugang vereinfachen?
21. Unterstützt Ihre Partei eine leistungserbringerneutrale Pflegeberatung?
22. Welche Rolle hat Rehabilitation und Prävention in der Pflege aus der Sicht Ihrer Partei?
23. Unterstützt Ihre Partei eine Gewinnbegrenzung in der Pflege?
24. Sieht Ihre Partei den Bedarf, ein umfangreiches Bild der Angehörigenpflege zu erhalten? Wie will Ihre Partei das erreichen?

Familien und Gleichstellung

25. Die Kinderarmut ist in Deutschland weiterhin hoch. Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei gegen Kinderarmut ergreifen?
26. Inwiefern möchte Ihre Partei die gesundheitliche Versorgung von Kindern mit Behinderungen verbessern und ihre Familien von Bürokratie entlasten?
27. Wie steht Ihre Partei zu einer Lohnersatzleistung oder einem Pflegelohn für pflegende Angehörige?
28. Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um unbezahlte Sorgearbeit (wie Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit) gerechter zwischen Frauen und Männern zu verteilen?
29. Im Vergleich zu Männern arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit, erhalten geringere Stundenlöhne und unterbrechen häufiger ihre Erwerbsarbeit. Dadurch sind Frauen finanziell schlechter abgesichert. Wie möchte Ihre Partei die finanzielle Absicherung von Frauen verbessern?

30. Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer einheitlichen solidarischen Krankenversicherung (Bürgerversicherung) und die daraus resultierende Abschaffung der privaten Vollversicherung?
31. Wie positioniert sich Ihre Partei zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung? Möchte Ihre Partei den gesetzlichen Regelungen nachkommen und diese vollständig durch Haushaltszuschüsse refinanzieren?
32. Auf welche Höhe soll nach Auffassung Ihrer Partei die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung festgeschrieben werden?
33. Ist Ihre Partei der Auffassung, dass alle Einkommensarten für die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung heranzuziehen sind?
34. Ist Ihre Partei für die Abschaffung von Zuzahlungen, Aufzahlungen und Eigenbeteiligungen sowie Leistungsbegrenzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung?
35. Wie steht Ihre Partei zum Sachleistungsanspruch der Patientinnen und Patienten auf medizinisch notwendige Leistungen? Dieser hätte zur Folge, dass Patientinnen und Patienten nicht mehr in Vorleistung gehen müssen und das Geld direkt von der GKV zum Leistungserbringer fließen kann.
36. Wie steht Ihre Partei zum vollen Behinderungsausgleich in der Hilfsmittelversorgung? Inwieweit sehen Sie durch die aktuellen Regelungen den Teilhabeanspruch als erfüllt an?
37. Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei treffen, um individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) in den Leistungskatalog der GKV zu übernehmen, sofern diese einen nachgewiesenen medizinischen Nutzen haben?
38. Der VdK fordert, dass medizinisch notwendiger Zahnersatz und medizinisch notwendige Sehhilfen vollständig durch die GKV übernommen wird. Wie steht Ihre Partei zu dieser Forderung?
39. Sofern Ihre Partei der Forderung des VdK unter 9. nicht folgt, welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um die gesetzlich Versicherten in dieser Frage zu entlasten?
40. Welche Position vertritt Ihre Partei in Bezug auf die erstattungsfähigen Krankenfahrten? Welchen zu erstattenden Betrag pro Kilometer halten Sie für gerechtfertigt?
41. Wenn Krankenkassen über Leistungen und Anträge nicht innerhalb von drei Wochen entscheiden, sollten Versicherte dann einen vollen Sachleistungs- und Kostenerstattungsanspruch haben (Genehmigungsfiktion)?
42. Welche Position vertritt Ihre Partei in Bezug auf den Wettbewerb zwischen Krankenkassen? Halten Sie es für gerechtfertigt, dass Versicherungsbeiträge innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung für Werbung ausgegeben wird?
43. Wie steht ihre Partei zu gewinnorientierten Krankenhausunternehmen? Halten Sie es für gerechtfertigt, dass Beitragsgelder zur Bereicherung einzelner Gruppen oder Personen verwendet werden?
44. Krankenhäuser haben häufig zu wenig Personal oder einen Investitionsstau. Bitte erläutern Sie Ihre Antwort unter 14. im Hinblick auf diese Problemlage.
45. Wie möchte Ihre Partei die stationäre Versorgung in ländlichen Gebieten sicherstellen?
46. Wie bewerten Sie die zunehmende Gewinnorientierung auch in der ambulanten Versorgung, beispielsweise durch investorengetragene MVZ, die nachweislich mehr und nicht notwendige Behandlungen durchführen?
47. Wie steht Ihre Partei zur Einführung eines MVZ-Transparenzregisters?

48. Wie können Kommunen Ihrer Ansicht nach stärker in die Planung der ambulanten Gesundheitsversorgung eingebunden werden?
49. Wie können Anreize gesetzt werden, damit sich Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten in strukturschwachen Gebieten niederlassen?
50. Wie steht Ihre Partei zu einem einheitlichen Gebührensystem, unabhängig davon, ob ein Arzt zulasten der GKV oder PKV (bzw. direkt mit der Patientin oder dem Patienten) abrechnet?
51. Der VdK fordert, dass alle Einrichtungen und Angebote der medizinischen Versorgung barrierefrei nutzbar sein müssen. Wie steht Ihre Partei dazu?

Armut

52. Wird sich ihre Partei für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 15 Euro einsetzen?
53. Ist ihre Partei der Meinung, dass die sogenannten Minijobs in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umgewandelt werden müssen, damit die Beschäftigten auch in Krisen abgesichert sind und ihnen nicht Altersarmut droht?
54. Sollten nach der Vorstellung Ihrer Partei eine Neuberechnung und Anhebung der Regelsätze erfolgen, damit die Kosten für eine gesunde Ernährung und Stromversorgung abgesichert sind? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mehrkosten bei Älteren und Erwerbsgeminderten für Gesundheit, Mobilität und Barrierefreiheit gesondert erfasst und finanziert werden?
55. Ist ihre Partei der Meinung, dass die Jobcenter sehr viel mehr Finanzmittel brauchen, um Erwerbslose besser betreuen und qualifizieren zu können, um sie dadurch nachhaltig in Arbeit zu bringen?
56. Wird sich Ihre Partei für mehr Regelungen für einen besseren Mieterschutz einsetzen? Dazu gehören die Senkung der Kappungsgrenzen, eine nachgeschärfte Mietpreisbremse, die flächendeckend und unbefristet gilt, Begrenzung bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen und besserer Schutz vor unbegründeten Eigenbedarfskündigungen.

Behinderung

57. Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen erleben nach wie vor eine Vielzahl von Diskriminierungen in ihrem Alltag. Welche konkreten gesetzlichen Maßnahmen plant Ihre Partei, um ein wirksames gesetzliches Verbot der Benachteiligung von Menschen wegen Behinderung, Erkrankung oder Alters beim Abschluss von Versicherungen und anderen Verträgen umzusetzen?
58. Wird Ihre Partei sich für die Aufnahme eines verpflichtenden Schlichtungsverfahrens in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einsetzen, damit von Diskriminierung Betroffene einen niedrighschwelligen Zugang zur rechtlichen Geltendmachung ihrer Ansprüche haben?
59. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die bisher zweimonatigen Anzeigefristen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auf zwölf Monate verlängert werden?
60. Zur Vervollständigung des Diskriminierungsschutzes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurde 2008 der Vorschlag der sogenannten 5. Antidiskriminierungsrichtlinie vorgelegt, die seit Jahren u. a. von Deutschland blockiert wird. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Richtlinie in Kraft treten kann und damit die Schutzlücken in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie im Güter- und Dienstleistungsbereich, die u. a. hinsichtlich der Merkmale Alter und Behinderung gelten, ein Ende haben?

61. Wie wird Ihre Partei gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung bekommen wie nicht behinderte Menschen und Gesundheitseinrichtungen, Arztpraxen etc. künftig barrierefrei sind?
62. Obwohl arbeitslose schwerbehinderte Menschen im Durchschnitt gut qualifiziert sind, gelingt es ihnen seltener als nicht-schwerbehinderten, eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen. Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei dafür sorgen, dass mehr schwerbehinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können?
63. Die betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen (SBV) leisten einen unverzichtbaren Beitrag bei der Eingliederung behinderter Menschen in Arbeit und bei der Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen. Mit welchen konkreten rechtlichen Änderungen wird Ihre Partei die Schwerbehindertenvertretungen stärken und deren Rechtsstellung verbessern?
64. Der VdK fordert eine Unwirksamkeitsklausel bezüglich aller personellen Entscheidungen des Arbeitgebers, wenn diese ohne die Information und Anhörung der Schwerbehindertenvertretungen beschlossen wurden. Das gilt insbesondere für eine geplante Versetzung oder eine vom Arbeitgeber veranlasste Aufhebung des Arbeitsvertrags. Werden Sie sich für eine entsprechende gesetzliche Regelung einsetzen?
65. Durch eine zeitlich gestaffelte Wiederaufnahme der Tätigkeit können längerfristig erkrankte Beschäftigte kontinuierlich an die Belastungen des Arbeitsplatzes herangeführt werden. Wie steht Ihre Partei dazu, für alle Beschäftigten mit und ohne Behinderung einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf die sogenannte „stufenweise Wiedereingliederung“ zu schaffen?
66. Wird sich Ihre Partei für eine regelmäßige Anpassung der Behindertenpauschbeträge im Einkommenssteuerrecht einsetzen, damit es nicht wieder 45 Jahre dauert, bis es zur nächsten Anhebung kommt?
67. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass für schwerbehinderte Menschen mit Merkzeichen RF die vollständige Befreiung vom Rundfunkbeitrag wieder eingeführt wird?
68. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Behindertenparkplätze an die Zahl der dort zum Parken Berechtigten angepasst wird und die strengen Voraussetzungen für den blauen Parkausweis moderat geändert werden, damit mehr mobilitätsbeeinträchtigte Menschen, die zwingend auf den PKW angewiesen sind, am Leben teilhaben können?
69. Sollte Ihrer Meinung nach der Zugang zu Teilhabeleistungen unabhängig vom zuständigen Kostenträger für alle behinderten Menschen auch mit komplexen Bedarfen gleich sein? Wenn ja, was plant Ihre Partei, um in den Bundesländern eine bundeseinheitliche menschenrechtskonforme Umsetzung der Eingliederungshilfe zu gewährleisten?

Barrierefreiheit

70. Unterstützen Sie die Forderung des VdK nach einer gesetzlichen Verpflichtung privater Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit, mindestens aber zur Verpflichtung zu angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall?
71. Für welche konkreten gesetzlichen Regelungen tritt Ihre Partei ein, damit die Verpflichtung privater Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit, mindestens aber zur Verpflichtung zu angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall umgesetzt wird.
72. In Deutschland fehlen drei Millionen barrierefreie Wohnungen. Damit Menschen mit Behinderungen in Zukunft adäquaten Wohnraum finden, muss aus Sicht des VdK der gesamte Neubau im Mehrparteienwohnungsbau barrierefrei gestaltet werden. Unterstützen Sie die Forderung des VdK, Barrierefreiheit im Baugesetzbuch als Grundsatz der Bauleitplanung zu verankern?

Sozial gerechter Klimaschutz

73. Werden Sie zur Abfederung der in der anstehenden Legislaturperiode ansteigenden CO₂-Preise ein Klimageld einführen? Wird dies sozial gestaffelt sein?
74. Die Finanzierung der ökologischen Transformation erfordert im Gebäudesektor massive Investitionen – auch von Privatpersonen. Werden Sie sich für eine soziale Staffelung der maßgeblichen Förderprogramme einsetzen, um allen Menschen eine klimafreundliche Transformation zu ermöglichen?
75. Im Verkehrssektor ist der Umstieg auf E-Mobilität für viele Menschen nicht zu finanzieren. Haben Sie sozial gestaffelte Förderkonzepte, die allen Menschen einen Umstieg auf ein Elektroauto ermöglichen oder unterstützen Sie Konzepte wie das Social-Leasing?
76. Eine sozialverträgliche Mobilitätswende umfasst zudem den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Gebieten. Welche Konzepte haben Sie dafür, den Menschen im ländlichen Raum einen Umstieg auf einen klimafreundlichen ÖPNV zu ermöglichen?
77. Als Folge des Klimawandels ist unsere Gesellschaft mit mehr Hitze konfrontiert. Welche Maßnahmen planen Sie, um insbesondere Seniorinnen und Senioren und Pflegebedürftige vor Hitze zu schützen?

Steuern

78. Der VdK fordert eine grundlegende Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss sozial gerecht ausgestaltet sein. Welchen Reformbedarf sehen Sie?
79. Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Der VdK fordert die Wiedererhebung der Vermögenssteuer auf reformierter, verfassungskonformer Grundlage. Durch einen hohen Freibetrag von mindestens einer Million Euro soll sichergestellt werden, dass nur sehr große Vermögen besteuert werden. Schließt sich Ihre Partei dieser Forderung an?
80. Wie möchten Sie die Einkommenssteuer so reformieren, dass diese sozial gerechter ausgestaltet ist?
81. Der Sozialverband VdK fordert eine grundlegende Reform der Umsatzsteuer. Dinge des täglichen und lebensnotwendigen Bedarfs müssen einheitlich mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert werden. Hierzu gehören zum Beispiel Medizinprodukte, Hygieneartikel und Getränke. Auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte sowie auf Medikamente sollte gar keine Umsatzsteuer erhoben werden. Inwiefern möchte Ihre Partei die Umsatzsteuer reformieren?
82. Die Beantragung von Sozialleistungen ist häufig sehr kompliziert. Welches Konzept haben Sie, um die Antragsstellung für die Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern?